

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Bürger/innen der Gemeinde Reichshof!

Meine sehr geehrten Damen und Herren

erlauben Sie einen Rückblick auf das vergangene Jahr unter Betrachtung einiger Ereignissen, die auch für unsere Gemeinde Reichshof Veränderungen und Herausforderungen gebracht haben und noch bringen werden.

Corona

Die Pandemie war im vergangenen Jahr das bestimmende Thema bei uns allen. Es ist zu befürchten, dass dies auch in 2022 bestimmend für uns alle wird, auch wenn momentan die Hoffnung bei uns allen überwiegt, dass es zum Sommer hin eine Trendwende zum Besseren geben wird. Der Ursprung der Pandemie liegt nach Berichten aus der Wissenschaft möglicherweise am Verlust der biologischen Biodiversität, dieses weniger an Vielfalt fördert das Überspringen von Viren aus der Tierwelt auf den Menschen. Diesem Verlust an Diversität muss Einhalt geboten werden. Hier sind wir alle gefordert, achten wir verstärkt auf unsere Umwelt, verzichten wir auf Produkte und Handlungen, die Fauna und Flora Schäden zufügt.

Wir betrauern nun schon weit mehr als dreihundert Menschen im Oberbergischen Kreis, die mit oder an Corona verstorben sind. Diese mehr als dreihundert Toten sind eine abstrakte Zahl, die erst deutlich wird, wenn man bedenkt, dass dies der Bevölkerung eines mittelgroßen Dorfes entspricht. Wir Reichshofer Grüne appellieren an die Menschen in unserer Gemeinde, die sich noch nicht zu einer Impfung haben durchringen können, ihre Einwände und Bedenken nochmals einer kritischen Betrachtung zu unterziehen und zum Wohle Aller sich impfen zu lassen.

Flutkatastrophe

Auch wenn unsere Gemeinde Reichshof von Unwetter im Sommer, das einen Teil von NRW und ganz in der Nähe die Gemeinden an der Agger getroffen hat, weitgehend verschont geblieben ist. So macht dieses Unglück deutlich, dass ein Handeln dringender denn je geboten ist. Die von Menschenhand verursachte Klimaveränderung und die damit einhergehenden Starkregenereignissen, kann man kurzfristig mit größeren Mauern und Dämmen bekämpfen. Hier stoßen wir in der Zukunft an die Grenzen des Machbaren. Vonnöten ist ein stärkerer Einstieg in eine Politik, die es ermöglicht, die angestrebten Klimaziele von Paris zu erreichen. Ein Eintreten für die Klimawende ist gefragter denn je und nicht ein Handeln, das sich nur auf die Bekämpfung der Folgen der Klimaveränderung beschränkt. Kurzfristig bleibt nur die Verknüpfung von Vermeidung klimaschädlichen Handeln und die Vorsorge vor Schäden durch den Klimawandel.

Bundestagswahl

Das Ergebnis der Wahl hätten viele sich zu Beginn des vergangenen Jahres kaum vorstellen können. Der nahtlose und partnerschaftliche Übergang der Verantwortung an die neue Regierung zeigt, dass die Demokratie in unserem Land eine feste Basis gefunden hat. Diese Demokratie muss wehrhaft sein und bedarf der dauernden Unterstützung von uns allen. Nicht verleugnet werden kann ein gewisser Anteil der Bevölkerung, die diesem Staat ablehnend und zum Teil feindselig gegenübersteht. Hier bedarf es der Unterstützung aller, um den Begriff der Wehrhaften-Demokratie mit Leben zu füllen.

Erwähnt werden sollte an dieser Stelle, dass die vergangenen sechzehn Jahren von mehr Stillstand als von Innovation geprägt waren. Die Faxgeräte in den Gesundheitsämtern sind das Beispiel dieses Zustandes. Wir setzen Hoffnungen in die im Koalitionsvertrag angekündigten Stärkung der kommunalen Finanzen und dass dies auch unserer Gemeinde Hilfe bei der Bewältigung unserer Zukunftsaufgaben ist.

In unseren Überlegungen stehen an erste Stelle die Bürger/innen unserer Gemeinde Reichshof. Wir beachten weiterhin den Umweltaspekt der Beschlüsse unserer Verwaltung und Politik. Weiterhin beachten wir die finanzielle Grundlage der Gemeinde, auch die wirtschaftlichen Interessen der Betriebe spielen in unseren politischen Überlegungen eine entscheidende Rolle.

In den nun folgenden Ausführungen zu einzelnen Punkten des Haushaltsentwurfes, die unserer besonderen Beachtung gefunden haben, soll das Hauptaugenmerk nicht auf den Zahlen liegen, sondern die Möglichkeiten der Veränderung und Zukunftssicherung zum Wohle unserer Bürger/innen aufgezeigt werden.

Kreisumlage

Ein Reizthema in den Kommunen des Oberbergischen Kreises und deren Spitzen. Ein großer Teil der zu finanzierenden Haushalte von Kreis über den Regierungsbezirk und letztlich bis in die EU hinein werden über ein Umlagesystem finanziert. Als letztes Glied in der Kette stehen die Kommunen, dies zu ändern, bedarf es einer Neufestsetzung der Finanzierung der Haushalte. Dies wird kaum umzusetzen sein, somit verbleiben wir in einer Abhängigkeit gegenüber der Haushaltspolitik des Oberbergischen Kreises und deren Gestaltung der Kreisumlagen. Unser Bürgermeister ruft in den Haushaltsberatungen einem Mantra gleich jedes Jahr die Ratsmitglieder, die ebenfalls Kreistagsmitglieder sind, dazu auf, die Belange unserer Gemeinde während den Kreishaushaltsberatungen zu vertreten. Leider vermissten wir einen Beitrag unseres Bürgermeisters Gennies zu den letzten Haushaltsberatungen des Oberbergischen Kreises.

Touristik

Unsere Anfrage an die Gemeindeverwaltung bezüglich der finanziellen Situation des Touristiksektors in unserer Gemeinde wurde so beantwortet, dass es nur eine kleine Belastung als Gesamtergebnis gibt, dieser Feststellung müssen wir widersprechen. Die Einbeziehung der Rehaklinik in den Berechnungen

der Übernachtungszahlen und deren Zurechnung zum Touristiksektor sowie den anteiligen Anteil der Lohnsteuer der Beschäftigten der Rehaklinik in den fiktiven Einnahmeteil des Haushaltes im Touristiksektor betrachten wir als gewagte Interpretation des Sachverhaltes. Im Zahlenwerk des Haushaltsentwurfes werden die Kosten, die unserer Gemeinde je Anreise eines Touristen oder eines Patienten der Rehaklinik entstehen mit 78,17 Euro Steuergeld angegeben. Die tatsächlichen Zahlen der Finanzierung liegt bei Nichtbetrachtung der Rehaklinik sicherlich um ein Vielfaches höher. Auffallend ist der Rückgang der Übernachtungszahlen inklusiv der Anreisen zur Rehaklinik von 106.000 im Jahr 2010 auf 75.000 in 2019, ein Rückgang von nahezu 30 Prozent und dies bei einem Zuschussbedarf laut Haushaltsentwurf von 324.680, - Euro im Jahr 2022. Es ist dringend geboten Überlegungen über Veränderungen in diesem Bereich anzustreben. Wir werden dieses Thema in diesem Jahr weiterverfolgen. Zielsetzung könnte eine parteiübergreifende Neubewertung des Touristiksektors im Reichshof sein, um eine gesicherte und finanzierbare Zukunftsperspektive zu erarbeiten.

Straßen und Wege

Nach Beantragung von weiteren Geldern für den Wirtschaftswegebau und Unterhaltung durch die Fraktion der Grünen konnten der Gemeinschaft der Forstbetriebsgemeinschaften zusätzlich 50.000 Euro in den Jahren 2022 und 2023 zur Verfügung gestellt werden. Durch die bessere finanzielle Ausstattung können die durch den Klimawandel entstandenen Schäden in unseren Wäldern und der Aufarbeitung des durch Borkenkäferbefall abgestorbenen Bäume und die damit einhergehende Schädigung der Infrastruktur schneller behoben werden. Dies ermöglicht es unseren Bürgern wieder sicher die Wälder zu betreten. Ein Dank gilt den Verantwortlichen der Forstbetriebsgemeinschaften für die getätigte Arbeit. Ohne deren Einsatz wären unsere Wirtschaftswege nicht in dem Zustand, in denen sie sind.

Zu bedauern ist die Tatsache der allgemeinen Reduzierung der Gelder für den Straßenbau und Unterhaltung der Gemeindestraßen. Die Kürzung von 100.000, - Euro wird zu einer weiteren Ausweitung des Investitionsstaus bei den kommunalen Straßen führen und sollte nur einmalig in 2022 zur Anwendung gebracht werden.

Abwasserwerk

Das größte Sorgenkind bei den Beratungen in unserer Fraktion zum Haushalt 2022 war und ist der Eigenbetrieb Abwasser. Bei einer Gesamtverschuldung von annähernd 30 Millionen Euro fehlt inzwischen die Fantasie, wie der Eigenbetrieb jemals einen Abbau der Schuldenlast leisten kann. Die beschlossenen Gebührenerhöhungen müssen wir leider mittragen, dies ist nach intensiven Betrachtungen und nach ergebnisloser Alternativsuche unumgänglich. Durch die Erhöhung des Eigenkapitals der Gemeinde um 1,5 Millionen Euro, die durch sprudelnde Gewerbesteuererinnahmen möglich war, konnte eine Verbesserung der Gesamtlage erzielt werden. Diese Erhöhung des Eigenkapitals hat den Negativeffekt, dass die Abführung der Eigenkapitalverzinsung in den allgemeinen Haushalt der Gemeinde um 75.000 Euro auf 143.000 Euro steigt. Hier streben wir Gespräche an, um die Eigenkapitalverzinsung zu senken oder für einen gewissen Zeitraum nicht abzuführen. Dies regte die Gemeinde Prüfanstalt NRW als Möglichkeit der Konsolidierung des Haushaltes des Abwasserwerkes ebenfalls an. Die sich abzeichnende Erhöhung des Zinsspiegels wirft jetzt schon dunkle Wolken auf das Abwasserwerk, es drohen weitere Gebührenerhöhungen, die es zu vermeiden gilt.

Photovoltaikförderung (PV)

Die im vergangenen Jahr von CDU und uns Grünen auf den Weg gebrachte Förderung war ein wichtiger Einstieg in die Förderung regenerativer Energieformen in unserer Gemeinde. Profitieren konnten davon fast einhundert Investoren, es belastete den Haushalt mit 125.000 Euro. Durch Veränderungen im rechtlichen Rahmen der erneuerbaren Energie und deren Förderungen sowie der finanziellen Situation unserer Gemeinde hätte es aus unserer Sicht bei der Neuauflage des Programmes einige Anpassungen der Förderrichtlinien geben sollen. Ein weiter so ist keine Lösung der Zukunftsaufgabe sichere Energieversorgung gerecht zu werden. Vermisst wird die von uns vorgeschlagene finanzielle Unterstützung des vermehrten Einsatzes der Speichermöglichkeit in den Häusern unserer Bürger/innen. Dies wäre ein Beitrag für die Zukunftssicherheit unserer Stromversorgung und hätte zu einer Entlastung der Stromnetze geführt. Dies wird umso nötiger, wenn die eingetretene Veränderung des Individualverkehrs auf eine E-Mobilität sich verstärkt. Erinnerung soll an dieser Stelle an weitere Vorschläge in unserem Positionspapier zur PV-Förderung. Die Anregung das Förderprogramm auf 75.000 Euro zu reduzieren hätte die Möglichkeit eröffnet die schon beschlossenen Erhöhung der Betreuungskosten der Kinder im Bereich der offenen Ganztagschulen wieder zurückzunehmen, diese Anregung hätte für die betroffenen Familien eine wesentliche Entlastung bedeutet. Auch war die Reduzierung der individuellen Fördersumme eine unserer Vorschläge, was die Verteilung der Fördersumme auf mehr Antragsteller bedeutet hätte und die Gefahr der Überzeichnung des Programms reduzieren würde. Leider konnten wir mit unseren Ideen, die Zukunft zu gestalten, bei der Mehrheitsverteilung im Rat kein Gehör finden.

Grundsteuer B, Gewerbesteuer

Die vom Kämmerer Gerd Dresbach vorgeschlagene Erhöhung des Hebesatzes um 50 Punkte der Grundsteuer B bedeutet eine erhebliche Mehrbelastung der Bürger/innen unserer Gemeinde. Haushaltsplanungen sind immer auch ein Blick in die Glaskugel der finanziellen Zukunft unserer Gemeinde. Die Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung sind die große Unbekannte in allen Planungen. Das Zurückgreifen auf die Einnahmequelle Grundsteuer macht die Planungen sicherer, bedeutet aber eine weitere Belastung der ohnehin schwierigen Situation vieler privaten Haushalte im Reichshof. Alternativlos ist die Erhöhung nicht. Die sprudelnden Einnahmen der Gewerbesteuer machen es aus unserer Sicht nicht nötig, den Hebesatz und damit die Grundsteuer B zu erhöhen.

Zwischenzeitlich hat der Bürgermeister den Antrag zur Erhöhung der Grundsteuer zurückgezogen, dieser Erfolg für unserer Bürger/innen konnte durch eine einstimmige Ablehnung über die Fraktionsgrenzen hinweg während der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erreicht werden. Dieses Themenfeld wird uns weiter begleiten, deshalb erscheint es wichtig, den Text an dieser Stelle zu belassen.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer lehnen wir ab, wie eben geschildert tragen unserer Unternehmen schon einen erheblichen Teil der Finanzierung des Haushaltes. Eine Überbelastung an dieser Stelle wird deren finanzielle Situation verschlechtern, sodass eine existenzgefährdende Situation für einzelne Betriebe entstehen kann.

Schlussfolgerung

Die Gesamtsituation des Haushaltes macht eine Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung dringender denn je. An dieser Stelle ein Appell an die Fraktionen der im Rat vertretenen Parteien und der Verwaltung. Die Suche nach Fördertöpfen sollte erst dann erfolgen, wenn Bedarfe an Maßnahmen erkannt sind, Fördergelder sind Steuereinnahmen unserer Bürger/innen und mit diesen sollte sorgsam umgegangen werden. Die Folgekosten von Projekten, auch von Fördermaßnahmen, muss stets beachtet werden. Eine Überprüfung von Projekten und Maßnahmen muss auch im Nachgang mögliche sein, wenn erkannt wird, dass die finanziellen Belastungen des kommunalen Haushaltes nur dem Nutzen weniger dient, aber von allen getragen werden müssen.

Die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen steht für parteiübergreifende Gespräche bereit, um die Zukunft unserer Gemeinde Reichshof zu gestalten.

An dieser Stelle noch ein Dank an die Verwaltung und deren Mitarbeiter für die erfolgte von uns sehr geschätzte Zusammenarbeit.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Jürgen Barth

Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90 / Die Grünen